

DIE BEDEUTUNG DES 10. MÄRZ FÜR DEN TIBETISCHEN FREIHEITSKAMPF



Solidaritäts-Demo am 10. März 2008 in Berlin

Der 10. März erlangte seine Bedeutung als weltweit größter Aktionstag für Tibet erst in der jüngeren tibetischen Geschichte. Während der langen Epoche der Unabhängigkeit, die mit dem Einmarsch der chinesischen Volksbefreiungsarmee 1949/50 endete, hatte dieses Datum für das Leben der Tibeter keine Bedeutung.

Nach der Besetzung

Um der Annexion Tibets einen legalen Anschein zu geben, zwangen die Chinesen am 23. Mai 1951 einer tibetischen Delegation ein sog. „17-Punkte-Abkommen zur friedlichen Befreiung“ auf, in dem es hieß, „das tibetische Volk soll in die große Völkerfamilie des Mutterlandes – der Volksrepublik China – zurückkehren“. Gleichzeitig enthielt das Abkommen jedoch auch weitgehende Autonomierechte, an die sich die chinesische Führung nie gehalten hat. So verspricht Punkt 4: „Die Zentralbehörden werden das bestehende politische System in Tibet unverändert lassen. Die Zentralbehörden werden außerdem den bestehenden Status, die Befugnisse und Funktionen des Dalai Lama nicht antasten.“

Die meisten Völkerrechtler sind der Auffassung, dass dieses Abkommen

aufgrund der fehlenden Freiwilligkeit juristisch nicht bindend ist, und Tibet deshalb nicht als Teil der VR China betrachtet werden kann. Zu demselben Schluss kam auch der Wissenschaftliche Fachdienst des Deutschen Bundestages. Darüber hinaus leiten die Tibeter aus der Weigerung der chinesischen Führung, die eigenen Verpflichtungen einzuhalten, das Recht ab, die Vereinbarung zu verwerfen.

10. März 1959

In Zentral-Tibet änderte sich durch das Abkommen zunächst wenig. Mehrere Jahre gab es eine Koexistenz zwischen der traditionellen Regierung unter dem Dalai Lama und der chinesischen Militärverwaltung. Sie endete am 10. März 1959, als spontan Tausende Männer und Frauen vor dem Palast des Dalai Lama in Lhasa zusammenkamen, um ihr Oberhaupt durch ihre bloße Präsenz vor der chinesischen Gefangennahme zu schützen. Nur wenige waren bewaffnet. Nach ein paar Tagen schlug die Volksbefreiungsarmee den aussichtslosen Aufstand blutig nieder, doch war dem Dalai Lama in der Nacht vor dem Angriff die Flucht Richtung Indien gelungen, wo er am 18. April eintraf. Als die chinesischen Soldaten entdeckten, dass der Dalai Lama entkommen war, und Mao diese Nachricht erhielt, soll er gesagt haben: „Damit haben wir den Kampf um Tibet verloren“.

Im Land selbst ließen die Besatzer nach der Flucht des Dalai Lama jede Rücksichtnahme fallen. Chinesische Dokumente, die in den sechziger Jahren von tibetischen Freiheitskämpfern erbeutet werden konnten, belegen, dass dem Volksaufstand sowie seinen unmittelbaren Folgen 87.000 Menschen zum Opfer gefallen sind.

So begann nach dem 10. März 1959 die härteste Phase der Unterdrückung und

Kulturzerstörung in der tibetischen Geschichte. Noch vor der eigentlichen Kulturrevolution – die alles Traditionelle und Religiöse endgültig ausmerzen wollte – waren in Tibet 80 Prozent aller Kultstätten zerstört und über 90 Prozent aller Geistlichen ermordet oder gefangen genommen worden. Das geht aus offiziellen chinesischen Zahlen hervor, die der damalige Vizegouverneur von Tibet, Pu Qiong, 1987 vorgelegt hat. Insgesamt starben bis zum Tode Maos und der Entmachtung seiner radikalen Nachfolger laut einer Untersuchung der Internationalen Juristenkommission etwa 1,2 Mio. Tibeter durch Terror, Exekutionen und Hunger.

Lebendige Erinnerung

Der 10. März, der Beginn des Volksaufstands gegen die chinesische Besetzung, wird von den Tibetern und ihren Freunden als Tag der Trauer, aber auch als Tag des Widerstands begangen. In Tibet selbst ist die Erinnerung an den 10. März 1959 noch ausgesprochen lebendig. 1989 kam es aus diesem Anlass in Lhasa zu den größten Massenprotesten gegen die chinesische Besetzung seit 30 Jahren. Der damalige örtliche KP-Generalsekretär – und heutige Staats- und Parteichef – Hu Jintao verhängte sogar für 14 Monate das Kriegsrecht, um die Situation unter Kontrolle zu bekommen. Hunderte starben im Kugelhael der chinesischen Sicherheitskräfte.

In Lhasa sind öffentliche Demonstrationen aufgrund der totalen Überwachung seit den neunziger Jahren allerdings nahezu unmöglich. Dennoch hat die Führung immer noch Angst davor, denn sie verschärft in der Zeit um den 10. März stets ihre Kontrolle über die tibetische Hauptstadt.

Im März 2008 entlud sich im Vorfeld der Olympischen Spiele die über Jahre

angestaute Unzufriedenheit über die chinesische Unterdrückung der tibetischen Bevölkerung in einem nicht vorhersehbaren Ausmaß. Von Lhasa ausgehend weiteten sich die Proteste innerhalb weniger Tage auf alle von Tibetern bewohnten Gebiete aus. Nicht nur in der sog. „Autonomen Region Tibet“, sondern auch in den anderen alten Provinzen Amdo und Kham, die heute jedoch verschiedenen chinesischen Provinzen zugeschlagen sind, zeigte sich bei zahllosen Protesten die große Verzweiflung der Tibeter über Benachteiligung, Unterdrückung, Überfremdung durch den massiven Zuzug von Chinesen und die Dämonisierung des Dalai Lama durch die chinesischen Behörden - ihrer bis heute hochverehrten religiösen und politischen Führungspersönlichkeit.

Der chinesische Staat reagierte auf das überwiegend friedliche Wahrnehmen des legitimen Rechts der Tibeter auf Meinungsfreiheit mit unvorstellbarer Härte und bewies damit das Scheitern seiner Politik. Anstatt die Anliegen des tibetischen Volkes ernst zu nehmen, wurden die Tibeter willkürlichen Verhaftungen ausgesetzt, Folter, langjährigen Haftstrafen und Arbeitslagern. Hunderte von Menschen sind verschwunden. Niemand weiß, wo sie festgehalten werden und was ihnen vorgeworfen wird. Wieder starben viele Tibeter, die Repressionen im Alltag durch massiv auftretende Polizei- und Militäreinheiten sind dramatisch. Tibet gleicht seither einem großen Gefängnis, die Menschen leben in ständiger Angst. Unabhängigen Beobachtern ist der Zugang verwehrt, und Touristen haben nur sehr begrenzte Bewegungsfreiheit.

Flagge zeigen für Tibet

Im Jahre 1996 startete eine der politisch bedeutendsten und eindrucksvollsten Aktionen der weltweiten Tibet-Bewegung, die Kampagne „Flagge zeigen für Tibet“. Städte und Gemeinden werden aufgefordert, aus Solidarität mit dem Kampf um die grundlegenden Völker- und Menschenrechte in Tibet die tibetische Flagge zu hissen. Bei der Anzahl der Teilnehmer liegt Deutschland weltweit an der Spitze. 1996 waren es zunächst 21 Städte, die dem Ruf der TID gefolgt sind und die in Tibet verbotene Flagge gehisst haben. Im dritten Jahr der Aktion wurde 1998 zum ersten Mal ein dreistelliges Ergebnis erzielt. Zehn Jahre danach, im Jahr 2008 waren es 922 deutsche Städte und Gemeinden, in denen am 10. März die tibetische Flagge gehisst wurde, darunter Landeshauptstädte wie Düsseldorf, Hannover, Stuttgart, Wiesbaden, Mainz, Potsdam, Magdeburg und Saarbrücken, oder auch die Großstädte Nürnberg, Frankfurt, Ulm, Münster, Heidelberg u. a. Häufig nehmen Bürgermeister oder Landräte an Gedenkfeiern im Zusammenhang mit der Flaggenaktion teil;

auch die lokale Presse berichtet ausführlich. Da die gesamte Aktion flächendeckend über Deutschland stattfindet, ist dies eine eindrucksvolle Demonstration für den Anspruch der Tibeter auf Selbstbestimmung. Mit dem Symbol der tibetischen Flagge setzen alle Beteiligten ein Zeichen, dass es sich um einen Konflikt handelt, der nicht nur unter dem Aspekt der Menschenrechtsverletzungen betrachtet werden kann. Es geht auch um völkerrechtliche Grundsätze.

In ganz Europa hissen mehrere tausend Städte am 10. März die tibetische Fahne, um ihre Solidarität mit dem tibetischen Volk zu bekunden.

Der 10. März ist letztlich auch ein Tag der Hoffnung, denn er signalisiert, dass sich die Tibeter in ihrer Heimat und im Exil noch nicht aufgegeben haben; und dass es deshalb noch eine Zukunft für das tibetische Volk gibt.

Aktionen im Exil

Im Exil können die Tibeter und ihre Unterstützer ihren Protesten Ausdruck verleihen. So finden weltweit aus diesem Anlass seit Jahrzehnten Demonstrationen und andere Formen des Protestes statt. Seit 1996 gab es europaweite Demonstrationen für das Selbstbestimmungsrecht und die Freiheit Tibets, am 12. März 2005 erstmals in Deutschland, in Berlin. Tibeter und ihre Unterstützer begleiten seit vielen Jahren besonders in Deutschland mit zahlreichen Veranstaltungen die erfolgreiche und medienwirksame Aktion „Flagge zeigen für Tibet“ (vgl. Kasten).



Tibetischer Protest in Labrang (tib. Provinz Amdo) im März 2008

Impressum:

3. aktualisierte Auflage 2009
Herausgeberin:
Tibet Initiative Deutschland e. V.
Greifswalder Str. 4, 10405 Berlin
Tel. 030-42081521, Fax: 030-42081522
E-mail: office@tibet-initiative.de
Spendenkonto:
Kto.-Nr. 3242303
Bank für Sozialwirtschaft
BLZ 100 205 00
Gemeinnützigkeit anerkannt.

Mitgliedsbeiträge und Spenden sind steuerlich begünstigt.

www.tibet-initiative.de